Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Sonntags-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 2.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand: monatlich M. 18.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Kolonelzeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Kolonelzeile M. 2.50, v. ausw. M. 3.—; kleine Anzeigen die Kolonelzeile M. 1.00, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise lt. die Gesamtauflage das Tausend Mk. 12.— netto, für Teilauflage das Tausend Mk. 15.— netto, für Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7200.
Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

495

Nr. 358 — Sonntag, den 1. August — 1920

Bibliothek der Handelskammer zu Leipzig

Eröffnung der Waffenstillstandsverhandlungen

Die Ankunft der polnischen Parlamentäre

Königsberg, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wie hierher berichtet wird, trafen die polnischen Parlamentäre, ein Oberstleutnant, zwei Offiziere und ein Soldat, gestern nachmittag 2 Uhr bei den russischen Vorposten ein. Sie wurden an der Chaussee von Baranowitschi—Brest Litowsk von den Russen in Empfang genommen und nach Baranowitschi gebracht, von wo sie im Automobil nach dem Standquartier des Generals Tolkatschewski fuhren. Um 7 Uhr trafen sie dort ein und überreichten ihre vom polnischen Generalstabschef General Rozwadowski ausgestellten Vollmachten. Die erste offizielle Besprechung der Bedingungen des Waffenstillstandes soll heute vormittag stattfinden.

* * *

General Haller an der polnischen Nordfront

Warschau, 31. Juli. (Drahtbericht.) Wie aus militärischen Kreisen verlautet, ist General Szeptycki an Diphtherie schwer erkrankt. Den Oberbefehl über die nordöstliche Front hat General Haller übernommen.

*

Warschau, 31. Juli. (Drahtbericht.) Der polnische Heeresbericht vom 30. Juli meldet: Die bolschewistische Kavallerie bewegt sich in westlicher Richtung und hat Osowiez passiert. Die Vorhuten wurden von unseren Truppen aus Lomza zurückgeschlagen. Die 4. bolschewistische Armee liegt an der Narewlinie. Feindliche Angriffe gegen Wisna wurden von unseren Truppen an der Eisenbahnlinie Bialystok—Brest-Litowsk abgeschlagen. Südlich Biolsk spielten sich Kämpfe ab. Unsere Abteilungen gingen hier zum Gegenangriff über. Unsere Polesje-Abteilungen haben bei Brest Stellungen eingenommen. Nachdem sie vier bolschewistische Regimenter zersprengt haben, fühlt man an dieser Stelle der Front keinen feindlichen Druck mehr. Am Stochod und Styr örtliche Kämpfe. Die Aktion Brody—Radziwilow ist noch nicht abgeschlossen. Unsere Gegenangriffe dauern an. Am Sereth wurde der Versuch des Feindes, den Uebergang zu erzwingen, vereitelt.

Die Entwaffnung polnischer Truppen in Ostpreußen

Maßnahmen zum Schutze des deutschen Gebietes

Berlin, 31. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In den Nachmittagsstunden des gestrigen Freitag trafen, wie wir bereits meldeten, 2000 Mann und 40 Offiziere der polnischen Armee, aus der Richtung von Grajewo kommend, an der Grenze bei Prostken ein. Die Truppen zögerten zunächst an der Grenze. Auf die Aufforderung des deutschen Kommandeurs der Reichswehr, noch vor Eintritt der Dunkelheit in kleinen Trupps die Grenze zu überschreiten und sich entwaffnen zu lassen oder wieder abzurücken, entschlossen sich die Polen zum Uebertritt. Die Truppen wurden daraufhin von der Sicherheitspolizei entwaffnet und vorläufig in das Internierungslager Arys gebracht. Um den Transport nach dem Innern Deutschlands auf dem Seewege zu ermöglichen, wurde gestern durch den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris der Oberste Rat ersucht, für die Bereitstellung von Schiffsraum zu sorgen, da Deutschland nicht genügend Schiffe zur Verfügung ständen. Heute früh traf ebenfalls beim Flaggenbaum Prostken, anscheinend in der Verfolgung der Polen, eine Schwadron bolschewistische Kavallerie ein, die aber, ohne die Grenze zu berühren, in südlicher Richtung abzog. Die interalliierten Truppen sind inzwischen von der Grenze fortgezogen und bei Allenstein konzentriert. Gegenwärtig wird der Grenzschutz lediglich von der preußischen Grenzpolizei, die 1000 Mann stark ist, und 4000 bis 5000 Mann Sicherheitspolizei ausgeübt. Um diese unzureichenden Maßnahmen zu verstärken, wurde der Reichskommissar von Allenstein gestern abend von der Regierung ermächtigt, bis zum Eintreffen der entscheidenden Antwort des Obersten Rates in dringenden Fällen Reichswehrtruppen in Gegenden des Abstimmungsgebietes zu ziehen, in denen keine Ententetruppen stehen. Der Vorsitzende der Friedensdelegation wird versuchen, die Genehmigung dafür zu erwirken, daß die alliierte Kommission ermächtigt wird, im Einvernehmen mit dem Reichskommissar Reichswehrtruppen in alle bedrohten Grenzgegenden zu ziehen.

Ausraubung tschechischer Munitionswagen in Harburg

Berlin, 31. Juli. (Drahtbericht.) Die „Voss. Ztg." berichtet aus Harburg: Nach Beendigung zweier Versammlungen der Kommunisten und der Unionistischen Vereinigung zog in der letzten Nacht eine große Menschenmenge zum Bahnhof Unterelbe und drang in einen Wagenschuppen ein, in dem drei Waffen- und Munitionswaggons der Tschecho-Slowaken standen. Die Wachen waren gegen die anstürmende Volksmasse machtlos. Die Wagen wurden herausgeholt und erbrochen; viele Gewehre wurden zerbrochen und der größte Teil der Revolver gestohlen. Heute morgen trafen 25 Mann und zwei Offiziere der Hamburger Sicherheitswehr in Harburg ein, um die Waffen abzuholen.

Berlin, 30. Juli. (Drahtnachricht.) Wie der Reichswehrminister mitteilt, werden die aus Sibirien über Amerika kommenden und in Hamburg gelandeten tschecho-slowakischen Transporte im Einverständnis aller Reichsbehörden durch Deutschland nach der Tschecho-Slowakei befördert. Die Transporte sind demnach nicht „geheim" und nicht „verdächtig". Vom Reichswehrministerium ist der Befehl erlassen worden, daß die Transporte, da ihre Durchführung durch Sachsen nach Bodenbach bei den sächsischen Eisenbahnbetriebsräten auf Widerstand stieß, von Halle über Weißenfels—Saalfeld—Nürnberg—Regensburg weiter nach Richtung Pilsen umzuleiten sind. Nach den schon vor mehreren Monaten mit der Tschecho-Slowakei getroffenen Abmachungen ist nun der letzte Truppentransport von rund 5000 tschecho-slowakischen Soldaten in Hamburg eingetroffen. Seine Weiterleitung durch Deutschland ist in gleicher Weise wie bei den früheren Transporten in Aussicht genommen.

Eröffnungssitzung des Kongresses der 2. Internationalen

Genf, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Genfer Kongreß der 2. Internationale hat heute seinen offiziellen Anfang genommen. Shaw wurde zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt, Vliegen-Holland zu seinem Stellvertreter. Shaw gab nach Eröffnung des Kongresses eine Uebersicht über die internationale Lage. Er wendete sich dabei scharf gegen jede Diktatur und sprach sich im besonderen gegen eine Einmischung in die russischen Verhältnisse aus. Im Verlauf seiner Rede beschäftigte sich der Vorsitzende des Kongresses auch mit der Unterernährung der deutschen Bevölkerung und verlangte hierzu englischerseits ein diesbezügliches Hilfswerk. Weiter sagte er, der Friede mit Rußland sei ein Segen für alle Völker. Die Arbeiterpolitik müsse demokratisch sein; Vergesellschaftung aller Produktionsmittel sei zu erstreben. Die englische Delegation sprach sich dafür aus, daß zur Frage der Verantwortlichkeit am Kriege lediglich Erklärungen abgegeben werden sollen ohne anschließende Diskussion. Gegen diesen Vorschlag erhob der Vertreter der französischen Arbeiterpartei Rozier Einspruch. Der deutsche Vertreter Braun (Franken) meinte, ohne Kenntnis der Ententeakten sei die Besprechung dieser Frage schwierig. Er erklärte sich jedoch zu einer Erörterung bereit. Seine Rede fand Beifall. Der Vorschlag Shaws, die Angelegenheit einer Kommission zur Beratung zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Alsdann trat der belgische Vertreter Huysmans persönlich, aber nicht für die belgische Delegation, für eine Verlegung des Sekretariats nach London ein. Seine Ansicht begründete er damit, daß einmal die englische Arbeiterpartei sehr stark sei, und außerdem wies er auf die Großmachtstellung Englands hin. Es wurden vier Kommissionen gebildet. Huysmans feierte die Politik Jaurès und dessen Grundsätze. Am Schluß der Sitzung gedachte die 2. Internationale des morgigen Feiertages des schweizerischen Volkes. Am Donnerstag wird die Konferenz voraussichtlich ihr Ende erreichen.

* * *

Genf, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Genf steht heute im Zeichen zweier Kongresse. Die Hotels füllen sich mit Gästen für den internationalen Bergarbeiterkongreß und für den Kongreß der zweiten Internationale. Zu beiden Zusammenkünften hat England die meisten Delegierten entsandt. Zum Bergarbeiterkongreß stellt Deutschland die zweitgrößte Delegation. Sie ist 35 Mitglieder stark und mit Otto Hué an der Spitze bereits eingetroffen.

Hué über den deutschen Antrag auf internationale Regelung des Kohlenkonsums

Genf, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichstagsabgeordnete Hué sprach sich zu unserm Korrespondenten über den Sinn des Antrages der deutschen Delegation betreffend die internationale Verteilung der Kohle, dahin aus, es handele sich um eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Die Verteilung der Kohlenproduktion auf alle Verbraucher sei höchst unwirtschaftlich, wenn z. B. amerikanische Kohle drei Kohlenreviere passiere, um in die Schweiz zu gelangen, wodurch sich die Transportkosten ungeheuer verteuern. Der Kohlenkonsum der Länder müsse nach einem internationalen Schema geregelt werden.

Zur Frage von Spa erklärte Hué: Die deutschen Bergarbeiter wollen in Genf nichts sagen, was der Einigung der Völker und der Menschheit im Wege stehen könnte. Wir können nichts dafür, wenn in einem Teile der europäischen Presse der Kriegsgeist nicht verschwinden will und die vielleicht nicht in ferner Zeit liegende Politik des neuen Geistes gefürchtet wird. Die in der Presse vor einigen Tagen verbreitete Nachricht, wonach die deutschen Bergarbeiter sich an den internationalen Gewerkschaftsbund gewandt hätten, um zu fragen, ob im Falle der Unmöglichkeit der Erfüllung der Bedingungen von Spa von den anderen Bergarbeitern für Deutschland Unterstützung zu erwarten sei, wurde von Hué entschieden dementiert.

Eine Streikdrohung der Eisenbahner

Ultimatum der Eisenbahnerverbände an die Regierung. — Die Streikgef' ar vorüber.

Berlin, 31. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Haushaltausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit den Beschlüssen seines Unterausschusses, über die Einstufung des Verkehrspersonals in die Besoldungsordnung. Hierbei kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung, da die Vertreter der drei Eisenbahnerverbände ein Ultimatum eingereicht hatten des Inhalts, daß, wenn nicht bis heute nachmittag drei Uhr ihre Forderungen erfüllt seien, sie den Demonstrationsstreik der Eisenbahner in ganz Deutschland in die Wege leiten würden. Obwohl die Abgg. Kotzuhr (Soz.), Schuldt (Dem.) und ein Zentrumsabgeordneter feststellten, daß die ihnen nahestehenden Organisationen von dem Ultimatum nicht verständigt seien, und auch die Vorstände derselben nichts davon wüßten, beschloß der Ausschuß, die Verhandlungen über diese Angelegenheit abzubrechen, bis die Sache geklärt und das Ultimatum förmlich zurückgezogen sei.

Zu dem Ultimatum erfährt die „Nationalztg." von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner noch folgendes: Heute nachmittag 3 Uhr traten die Vorstände der Reichsgewerkschaft und der Eisenbahnerverbände zu einer Sitzung zusammen, um zu der Erklärung des Reichsfinanzministers im Hauptausschuß des Reichstages Stellung zu nehmen. Wie versichert wird, war in dem von der Reichsgewerkschaft gestellten Ultimatum von einem Demonstrationsstreik nicht die Rede. Die Proklamierung eines Demonstrationsstreikes sei bisher von der Reichsgewerkschaft gar nicht ins Auge gefaßt worden. Die Erregung unter den Eisenbahnern sei besonders deshalb so groß, weil die von den Eisenbahnern geforderte Abstufung der Besoldungsreform, die bereits vom Reichsverkehrsministerium genehmigt wurde, vom Reichsfinanzministerium angeblich verzögert wird, und die Eisenbahner, obwohl die Besoldungsreform schon seit dem 1. April 1920 in Kraft ist, bei Beginn des Quartals am 1. Juli noch die alten Gehaltsbezüge erhalten haben.

Das neue Wehrgesetz und seine Begründung

Von

Generalleutnant z. D. Otto Löffler

Wenn man die Begründung zum Reichswehrgesetz prüft, so gewinnt man den Eindruck, daß die besonderen Bedürfnisse, die aus der Eigenart der uns von der Entente auferlegten Bedingungen in Verbindung mit unserer Gesamtlage hervorgehen, nicht die Ausgangspunkte und die ausschlaggebenden Richtlinien für den vorgeschlagenen Ausbau bestimmt haben. So sehr die Zeit drängt, der Reichstag sollte unter keiner Bedingung in hastiger Schleuderarbeit auf eine gründliche, sachkundige Beratung verzichten.

Feststeht und ist vom Reichswehrministerium bei dem mißglückten schriftlichen Antrag nach San Remo selbst ausgesprochen worden, daß unsere Söldnerwehrmacht für Verwendung gegen ernste äußere Gefahr auch bei 200 000 Mann keine Bedeutung hat, daß sie nur für schwache Grenzbewachung und gegen Banden ausreicht. Die Reichswehr kann also auf Grund des Friedensdiktates nichts anderes sein, als eine Reserve für die innere Polizeimacht. Dieser Grundgedanke muß wie ein roter Faden durch die Organisation nach Gliederung, innerer Einrichtung usw. gehen. Das Diktat braucht freilich nicht die Schablone zu sein, die unbedingt festgehalten wird. Maßgebend sind unsere eigenen Bedürfnisse im Rahmen jenes Diktates. Innerhalb dieser Bedürfnisse hat unsere Finanznot ein besonders schweres Gewicht. Wenn nicht endlich ein rücksichtsloses Umwenden jedes Pfennigs vor dem Ausgeben eintritt, im ganzen wie im einzelnen, geht es weiter mit beschleunigter Fahrt in den Abgrund, den die Notenpresse vorläufig noch mit Papier auszufüllen sucht.

Zunächst drängt sich ein Wort über die Gliederung des Heeres auf. Es sind angeblich 21 Infanterieregimenter zu 3 Bataillonen gegen 18 Kavallerieregimenter zu 4 Schwadronen und 5 selbständige Schwadronen vorgesehen, also 63 Bataillone gegen 77 Schwadronen. Das wäre ein Unding. Kavallerie ist wertlos für den Einsatz gegen Unruhen in volkreichen Mittelpunkten. Auf dem flachen Lande stehen von Fall zu Fall andere Mittel für schnelle Verschiebung zur Verfügung. Das ist ebenso in der Grenzbewachung. Das Unterhalten der Pferde erfordert ununterbrochene Arbeit, die Ausbildung der Reiter viel Zeit. Jede berittene Truppe kostet unverhältnismäßig viel Geld. Darum sollte die Zahl der Schwadronen auf die unerläßliche Zahl an Meldereitern — für jede Division eine, höchstens 2 Schwadronen — beschränkt, die Beweglichkeit des Teiles der Reichswehr, der für schnelle Verschiebungen in Frage kommt, durch Fahrräder, Krafträder und Kraftwagen vorgesehen werden. Die letzteren lassen sich zum größten Teile erst im Verwendungsfalle zusammenbringen. Auf geschlossene Kavalleriedivisionen kann man ganz verzichten.

Das Diktat von Versailles legt 12jährige Dienstzeit auf. Davon wird die geringste Frist für Ausbildung und sonst unbedingt nötigen Dienst gebraucht. Auch die Verwendung der Truppen für Kampfzwecke beschränkt sich auf kurze Ausnahmen. Es ist nicht nötig und für den inneren Wert der Truppenverbände nicht erwünscht, die Wehrmänner länger unter der Waffe zu lassen, als die Zeit, die wirklich fruchtbar und nützlich ausgefüllt werden kann. Dieselbe Forderung entwickelt sich aus der Notwendigkeit der Versorgung nach Beendigung der Dienstverpflichtung, auf die der Gesetzentwurf nebst seiner Begründung mit Recht Nachdruck legt.

Aber auch nach dieser Richtung geht er nicht scharf und folgerichtig genug auf das Ziel los. Er nimmt Ausbildung für verschiedene bürgerliche Berufe in die Dienstzeit hinein und setzt erst an den Schluß der Dienstverpflichtung den im Grunde doch unvermittelten Uebergang in die andere Lebensstellung als Versorgung. Der Anreiz, den Eintritt zum Dienste gesucht zu machen, um den Zulauf und die Güte des Ersatzes zu heben, soll in den Vorteilen, Annehmlichkeiten und Vergünstigungen während der Dienstzeit liegen, während deren der Soldat dauernd unter den Waffen steht.

Das ist anfechtbar. Der unzweifelhaften Notwendigkeit, alles für die Hebung der Güte des Ersatzes zu tun, wird am besten gedient, wenn die Vorteile nicht in der Dienstzeit genossen und verbraucht werden, sondern hinter ihr zufallen und mit ihrer eigentlichen Entwicklung einsetzen. Nicht der hat einen höheren sittlichen Wert und verdient größeres Vertrauen, der auf eine vorteilhafte, sorglose Gegenwart ausgeht, sondern der, der vor allem seine Zukunft im Auge hat. Den wahrhaft Tüchtigen zieht die Aussicht auf Aufstieg an. Die spornt ihn zu Leistungen. Reichliche Daseinsgrundlagen während der Dienstzeit schädigen außerdem die notwendige Härte, Anspruchslosigkeit und Nüchternheit des militärischen Kasernenlebens. Alle diese Gründe weisen darauf hin, die Dienstzeit wie früher für die Kapitulanten als den Zugang in eine gesicherte und ausgestaltungsfähige Lebensstellung einzurichten, die dem Wehrmann ohne den Reichswehrdienst im allgemeinen verschlossen sein würde.

Mit dem Uebergang in diese Lebenslaufbahn kann begonnen werden, sobald die Ausbildung auf vollste Höhe gebracht ist und sonstige, wirklich unumgängliche Dienstnotwendigkeiten das Zurückhalten nicht mehr erfordern. Wenn man das Schwergewicht auf den zuerst genannten Hauptgrund, die Vollendung der Ausbildung, legt, läßt sich die Beurlaubung von der Truppe und der Beginn des Lebensberufes schon für das 2. Dienstjahr in Aussicht nehmen. Die Art der Organisation muß nur gewährleisten, daß die militärische Ausbildung durch Uebungen frisch bleibt, daß stets ein sofort greifbarer Truppenbestand für plötzliche Anforderungen in ausreichender Stärke verfügbar ist, und daß der Rest der Reichswehr schnell genug zur Waffe gerufen und mobil gemacht werden kann. Wenn man an die Mobilmachung des Millionenheeres 1914 denkt, bieten die drei Forderungen keine organisatorische Schwierigkeit. Eher lassen sich Einwände nach der Richtung erheben, daß be[illegible]